

Niederschrift

zur gemeinsame Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 06.03.2012	18:04-21:10 Uhr	Bürgerhaus "Fürstenwalder Hof"

Anwesenheit

Vorsitz

Elke Wagner, Stephan Wende ab 18.35 Uhr,

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz, Monika Fiedler, Martin Gollmer, Jürgen Grasnick, Maria Meinl, Käthe Radom, Gerold Sachse ab 18.10 Uhr,

CDU-Fraktion

Rolf Hilke bis 20.20 Uhr, Jens Hoffrichter, Jurik Stiller bis 20.40 Uhr, Jürgen Teichmann,

SPD-Fraktion

Helga Bluschke, Klaus Hemmerling, Jürgen Luban, Klaus Runge, Roland Schulze Vertretung für Frau Elisabeth Alter,

FDP-Fraktion

Heiner Buzziol, Eberhard Henkel, Petra Schumann,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz,

Sachkundige BürgerInnen

Sebastian Bernhardt, Ines Jeske, Hans-Joachim Lachmann, Jürgen Lüder

Verwaltung: Fachbereichsleiter Bürgerdienste Dr. Ingo Wetter, stellvertretender Fachbereichsleiter Stadtentwicklung Herr Tschepe, Fachgruppenleiterin Straßen und Grünflächen Frau Nötzel

Gäste: Frau Gerischer vom Büro Stadträumliches Lernen, Frau Kocanek vom Büro Bioplanung und Herr Rump von der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland - Spree

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Anne Müller,

CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati,

FDP-Fraktion

Lutz König,

Sachkundige BürgerInnen

Fred-Hagen Grünewald, Jörg Knauth entschuldigt, Lothar Kranz, Frank-Uwe Kurtz

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen Frau Wagner eröffnet um 18.04 Uhr die gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung. Sie kündigt an, dass sich Herr Wende verspäten wird.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung ist erfolgt. Es sind jeweils 11 stimmberechtigte Mitglieder der Ausschüsse anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Frau Wagner bittet den TOP 4 von der TO zu streichen, da die Niederschriften in den jeweiligen Ausschüssen abgestimmt werden.
Die vorliegende Tagesordnung wird mit der genannten Änderung einstimmig bestätigt.

Zustimmung mit Änderung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift

Die Niederschriften der letzten Sitzungen (103 = 23.02.12, 102 = 28.02.12) werden in den jeweiligen Ausschüssen auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Frau Wagner hat keine Informationen für den Ausschuss.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

**5/421
5/420**

zu 6.1 Vortrag von Herrn Rump, Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree, zum Thema: Demografische Entwicklung und regionale Daseinsvorsorge in Fürstenwalde/Spree und Umland

Herr Rump von der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree dankt für die Einladung und stellt sich den Anwesenden vor. Anhand einer PowerPoint-Präsentation erläutert er die Demografische Entwicklung und regionale Daseinsvorsorge in Fürstenwalde/Spree und Umland.

Die Bevölkerungsdichte im LOS, in den amtsfreien Gemeinden und Ämtern ist ländlich geprägt. Laut Schätzung wird sich die Bevölkerungsdichte in der Region Oderland - Spree innerhalb von 20 Jahren um 12% verringern. Anhand der Darstellung von Lebensbäumen in verschiedenen Zeitabschnitten sind die Ursachen für die demografische Entwicklung, wie der 2. Weltkrieg, der „Pillenknick“, Migration und der „Wendeknick“ zu erkennen und folglich das „demographische Echo“ im Jahre 2030 zu schlussfolgern ist. Auf drei Sterbefälle kommen zwei Geburten und somit liegt ein Sterbefallüberschuss vor.

Gelöscht: ,

Die jährlichen Auswanderungssalden im Land Brandenburg, von 2005 bis 2008, betreffen überwiegend junge Menschen. Im LOS ist von 1991 bis 2001 ein Bevölkerungsplus durch Zuwanderung aus Berlin und dem Ausland zu verzeichnen. In den letzten 4-5 Jahren zeichnet sich für die Stadt Fürstenwalde ein Zuwanderungsplus gegenüber anderen Regionen im Land Brandenburg ab. Allerdings hat sich nach 2001 ein negatives Wanderungssaldo gegenüber Berlin als auch anderen Bundesländern (Ursache: Arbeitsmarktattraktivität) entwickelt.

Aus der Bevölkerungsprognose von 2009 bis 2030 ist zu schlussfolgern, dass Sterbeüberschüsse weiter zunehmen und Geburten zurückgehen. Mittel- und langfristig sind leichte Wanderungsgewinne zu verzeichnen und die Abwanderungen in die alten Bundesländer verringern sich.

Herr Rump erläutert, die Bevölkerungsentwicklung nach Personen in den verschiedenen Altersgruppen im Zeitraum 2008 bis 2030, die eine negative Entwicklung im Personenkreis der Arbeitsbevölkerung bzw. die Zunahme der hochbetagten Personen erkennen lässt, d. h. dass verstärkt Ansprüche und Bedürfnisse auf Gesundheit und Pflege bestehen. Für Fürstenwalde ist zunächst bis 2020 ein Kinderzuwachs zu erwarten, da ein relativ hoher Anteil von jungen Familien in der Stadt lebt. Nach 2020 wird der Eintritt des demografischen Echos für die Stadt Fürstenwalde prognostiziert, wobei der Anteil der älteren Bevölkerung um 50 % steigt. Dennoch ist Fürstenwalde im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden eine relativ „junge“ Stadt, die auf Grund der Bevölkerungsentwicklung wichtige Funktionen, Mitversorgung der Senioren, für das Umland übernehmen wird.

Fazit: „Chancen und Risiken des demografischen Wandels frühzeitig erkennen (mehr Arbeitskräfte, neue Anforderungen an die Infrastruktur) und gemeinsam Anpassungs- und Gestaltungsstrategien entwickeln (Zeitfenster: 2020)“.

Die Anpassung an die Folgen des demografischen Wandels ist eine gesamträumliche und –gesellschaftliche Aufgabe, die die räumliche, organisatorische Optimierung der Angebote auf Grund veränderter Nachfragen beinhaltet. Es geht auch um die Anpassung aufgrund qualitativer Defizite oder Finanzierungsengepässe.

Handlungsfelder zur Sicherung der regionalen Daseinsvorsorge bestehen in der Entwicklung und Qualifizierung von langfristig tragfähigen Leistungen und Angeboten sowie die Sicherung der Mobilität und Steigerung der Attraktivität umweltfreundlicher Verkehrsangebote.

Abschließend stellt Herr Rump Handlungskonzepte, wie das Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Region schafft Zukunft“, das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge vor und erläutert anhand von praktischen Beispielen die interkommunale Zusammenarbeit im Regionalen Wachstumskern Fürstenwalde.

Derzeit arbeitet der LOS mit Unterstützung des Seniorenbeirates von Stadt, Landkreis und aus den umliegenden Gemeinden an der Umsetzung des Projektes „Aktiv und Mobil“.

Abschließend geht Herr Rump auf das Handlungskonzept „Demografie“ ein, das auf der Seite des MdL des Bundes einzusehen ist.

Herr Sachse zweifelt an, dass die Abwanderungsrate in der nächsten Zeit abnehmen wird, worauf

der Regionalplaner mitteilt, dass die Landesregierung von einer positiven Entwicklung auch in der Zukunft ausgeht und führt als Beispiel den Neubau des Flugplatzes in Schönefeld an.

Auf die Frage des Abgeordneten Benz zur ärztlichen Betreuung der ländlichen Bevölkerung weist Herr Rump darauf hin, dass derzeit eine gute Ärztedichte besteht, die gesundheitliche Betreuung gesichert ist und das Krankenhaus in Bad Saarow zu jeder Zeit barrierefrei zu erreichen ist. Lobenswert erwähnt er, dass Fürstenwalde über gutes Infomaterial wie z. B. „Fürstenwalde barrierefrei“ und den Seniorenkatalog, verfügt. Zur Anbindung der umliegenden Gemeinden an den ÖPNV, teilt Herr Rump mit, dass der Fahrplan sich bisher nur am Schülerverkehr orientiert.

Der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses entschuldigt sich für die heutige Verspätung, die auf Grund seines Ehrenamtes beim Gericht in FF/O zustande kam.

Herr Wende hinterfragt, wie der Vergreisung mit der Option des altersgerechten Umbau der Kommune in der Stadt entgegen gewirkt werden kann? Und wie es parallel möglich ist, den Prozess für die jungen Leute umzusetzen, die Kommune gleichzeitig attraktiver und interessanter zu machen, so dass diese zum Hierbleiben animiert werden. Dazu antwortet Herr Rump, dass es zu diesen Fragen keine vorgeprägten Lösungen gibt. Fürstenwalde als Mittelzentrum für das Umland sollte Impulse und Signale setzen sowie Strukturen bilden und die Vorhandenen nutzen. Dazu ist ein möglichst frühzeitiges Zusammenwirken mit den sozialen Akteuren und Interessengruppen aus der Region erforderlich.

(Die Präsentation dazu ist als Anlage 1 beigelegt.)

Frau Wagner dankt Herrn Rump für seine Ausführungen und übergibt die weitere Leitung der heutigen Sitzung an Herrn Wende.

Der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses bittet die Anwesenden im Namen der Verwaltung um Zustimmung, die vorliegende Tagesordnung um einen weiteren TOP mit der Vorstellung der Planung zum Quartierspark in Fürstenwalde Nord zu ergänzen.

Seitens der Abgeordneten gab es keinen Widerspruch.

zu 6.2 **Vorstellung des Konzeptes zur Schulwegsicherung**

Herr Tschepe begrüßt die Anwesenden und übergibt Frau Gerischer, vom Büro Stadträumliches Lernen aus Berlin, das Wort, um das Thema „Schulwegsicherung“ näher zu erläutern. Dieses Projekt ist in die Aktivitäten des Landes Brandenburg eingebunden, das im Zusammenhang mit seiner Zertifizierung als Safe Region das Netzwerk für Verkehrssicherheit gegründet hat.

Dazu wurden **zwei Schulstandorte** in der Stadt Fürstenwalde näher untersucht. Zum einem ging es um die Freie Grundschule (Rahnschule) in der Eisenbahnstraße, zum anderen um den Komplex Sonnengrundschule, Hort Abendteuerland (städtische Einrichtungen) und die Katholischen Schulen (Bernhardinum). In einer Vor-Ort-Recherche wurden Gemeinsamkeiten wie Lage an den Hauptverkehrsstraßen und Nähe von Kreuzungsbereichen, hohes Verkehrsaufkommen bei knappem Verkehrsraum, keine Halte- und Parkmöglichkeiten analysiert.

In der Eisenbahnstraße wurde festgestellt, dass von 07.15 Uhr bis 08.00 Uhr, 26 % der 255 Grundschüler von den Eltern per Auto (Elterntaxi) zur Schule gebracht werden. Ca. 9 PKWs halten zeitgleich für ca. 3 Minuten auf dem Randstreifen gegenüber der Schule und in Nähe der Bushaltestelle. Aus diesem Grunde kommt es in dieser Zeit, in diesem Bereich zu stockendem Verkehr und es treten vermehrt Gefahrensituationen auf.

Hierzu wurden Maßnahmenvorschläge, wie die Schaffung von potenziellen Stellflächen im Bereich Ecke Eisenbahn-/Gartenstraße, die Sicherung der Querungsrelation mit Hilfe von Verkehrshelfern (ehrenamtliche Kräfte), Installation eines kindgerechten Leitsystems (Drängelgitter, Poller) und Schaffung von optischen Aufmerksamkeitszonen durch Aufstellen eines prägnanten Verkehrszeichens entwickelt. Letztgenanntes muss durch Öffentlichkeitsarbeit seitens der Stadt in Verbindung mit der Polizei und der Elternschaft unterstützt werden.

Nicht viel anders gestaltet sich die Situation in Fürstenwalde Nord, im Bereich von Sonnengrundschule bis zur Katholischen Schule. Von den insgesamt 800 Schülern

werden in dem Zeitraum von 07.05 Uhr bis 08.15 Uhr dort zwar nur 15 % bzw. 12 % mit dem Elterntaxi gebracht, aber die Zahl der Fahrzeuge summierte sich auf 192. Dabei halten die Eltern mit ihren Fahrzeugen in den Straßeneinmündungen gegenüber der Schulen und lassen die Kinder ohne Begleitung die Straße überqueren. Besondere Gefahrensituationen stellen auch der vorhandene Fahrradweg, der oft von den Schülern nicht wahrgenommen wird und die Bushaltestelle in Nähe des Kreuzungsbereiches dar.

Auch hier gibt es erste Maßnahmenvorschläge wie die Errichtung von Schutzwegen in Höhe der Jahn- und der Rathenaustraße, speziell markierte Schulwege und Elternhaltestellen - Parkmöglichkeiten beidseitig, die zwischen 07.00 Uhr und 08.00 Uhr vor den Schulen reserviert sind. Zudem wird vorgeschlagen auch hier eine optische Aufmerksamkeitszone und einen zweiten Zebrastreifen einzurichten. Der Einsatz von Helfern der Verkehrswacht oder ehrenamtlichen Helfern (Senioren) wird auch hier dringend erforderlich. Des Weiteren muss das vorhandene Drängelgitter erneuert werden und in ein kindgerechtes Leitsystem integriert werden.

Abschließend stellt Frau Gerischer das Pilotprojekt für Brandenburg „Kleine Adler“, dass in Kooperation mit dem „Netzwerk Verkehrssicherheit“ des Landes Brandenburg entwickelt wurde, vor. Bei der Aktion mit den Schulen werden die Schüler auf spielerischem Weg (z. B. Messen von Ampelphasen und Verkehrswegen) an die Thematik „Schulwegsicherung“ herangeführt mit dem Ziel, das Bewusstsein der Kinder auf ihren eigenen Schulweg zu verschärfen.

(Die Präsentation ist als Anlage 2 beigefügt.)

Der Abgeordnete Benz lobt das Vorhaben und fragt an, ob die Umbaumaßnahmen (Parktaschen) mit dem BOS abgesprochen sind. Herr Tschepe teilt daraufhin mit, dass die grundsätzlichen Ausbauplanungen abgeschlossen sind und dazu eine Abstimmung mit dem BOS stattgefunden hat.

zu 6.3 Straßenbenennung im Bebauungsplan Nr. 71 "Wohnen am Friedrich-Naumann-Platz"

Für die neue Straße im Bebauungsplan Nr. 71 „Wohnen am Friedrich-Naumann-Platz“ ist eine Namensgebung erforderlich. Der Fachbereich Stadtplanung schlägt vor, den neuen Straßenabschnitt ebenfalls in Dr. Semmelweis-Straße zu benennen. Dadurch entsteht ein durchgängiger Straßenzug mit geordneter Nummerierung.

Der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses bittet die Abgeordneten in den jeweiligen Ausschüssen darüber abzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Planstraße im Bebauungsplan Nr. 71 „Wohnen am Friedrich-Naumann-Platz“ in **Dr.-Semmelweis-Straße** zu benennen.

Ausschuss für Stadtentwicklung

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 6.4 Umbenennung des südlichen Teils des Friedrich-Naumann-Platzes

Mit der Umsetzung des Bebauungsplanes Nr. 71 „Wohnen am Friedrich-Naumann-Platz“ entstehen in Fürstenwalde Süd zwei voneinander getrennte Straßenabschnitte mit der Bezeichnung „Friedrich-Naumann-Platz“. Die Prüfung durch die Fachgruppe Stadtplanung hat ergeben, dass im südlichen Teil der Straße weniger Personen von einer Umbenennung betroffen sind als im nördlichen Teil. Die Straßen im Umfeld des Plangebietes tragen überwiegend die Namen von Schriftstellern. Der vorliegenden Beratungsdrucksache 5/421 sind drei Vorschläge zu entnehmen.

Vor Abstimmung fragt die Abgeordnete Meinel an, wie viel Vorschläge an die Verwaltung heran getragen wurden und wer die Auswahl getroffen hat. Worauf Herr Tschepe berichtet, dass die zehn Vorschläge von der Fachgruppe Stadtplanung gemeinschaftlich mit der Gleichstellungsbeauftragten Frau Trilling und den MitarbeiterInnen des Museums abgestimmt wurden.

Herr Teichmann schlägt vor, die Straße mit dem Namen „Marie Harrer“, Schriftstellerin, Journalistin und ehemalige Stadtverordnete in Fürstenwalde zu benennen.

Die beiden Vorsitzenden schließen sich der Meinung vom Stadtvorsteher an, da der Namensvorschlag in enger Beziehung zu Fürstenwalde steht.

Herr Wende unterbreitet den Vorschlag, dass alle Abgeordneten jetzt jeweils für einen Straßennamen stimmen und der, der die mehrheitlichen Stimmen erhält, nochmals in den jeweiligen Ausschüssen gesondert abgestimmt wird.

Die stimmberechtigten Anwesenden erklären sich einverstanden und stimmen über den Namen, der im Beschlusstext aufgenommen werden soll, wie folgt ab.

Marie-Harrer-Straße: 21 Stimmen

Eva-Strittmatter-Straße: 1 Stimme

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Umbenennung des südlichen Teils des Friedrich-Naumann-Platzes in Marie-Harrer-Straße.

Ausschuss für Stadtentwicklung

Zustimmung Ja 10 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen

Zustimmung Ja 10 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 6.5 Vorstellung der Planungen zum Stadtpark

Der Fachgruppenleiter Herr Tschepe stellt anhand des Lageplanes die Gesamtkonzeption für den Stadtpark vor und die konkrete Planung für die gesamte Flaniermeile vom Bahnhof bis zum Heimattiergarten bzw. Parkclub.

Der Eingangsbereich zum Park soll mit Anpflanzungen von Sträuchern und Gehölzen aufgewertet und platzartig gestaltet werden. Der gesamte Weg wird mit neuen, sparsamen Leuchtmitteln ausgestattet. Der Weg hinter dem Brunnen in Richtung Parkclub wird einen neuen Charakter erhalten. Der im Mittelpunkt des Parks befindliche Brunnen wird von Grund auf neu und barrierefrei gestaltet. Mit Umsetzung der Maßnahmen soll das wilde Parken zwischen Heimattiergarten und Brunnen unter-

bunden werden.

Nähere Ausführungen zur Umsetzung der Konzeption werden zu einem späteren Zeitpunkt erteilt.

Für die Gesamtmaßnahme sind ca. 340.000 € geplant. Hinzu kommen 30.000 € Planungskosten, für die Mittel aus dem Europäischen Fond für Regionale Entwicklung (EFRE) beantragt werden. Der städtische Anteil an diesem Projekt liegt bei 25 % (90.000 €) und ist bereits im Haushalt eingestellt. Herr Tschepe informiert, dass diese Planungen nur mit Bewilligung der Fördermittel umgesetzt werden können. Ansonsten können die Maßnahmen nur in Abschnitten durchgeführt werden.

Auf Anfrage des Abgeordneten Apitz zum Brunnen teilt Herr Tschepe mit, dass die Sanierungskosten nicht geringer wie beim Neuaufbau ausfallen würden, jedoch für Erhaltungsmaßnahmen keine Fördermittel bewilligt werden. Des Weiteren können bei der Neugestaltung die Bedürfnisse vor allem von Kindern, Senioren und behinderten Menschen Berücksichtigung finden und außerdem die monatlichen Unterhaltungskosten, z. B. durch Einbau neuer Technik, gesenkt werden.

Herr Hemmerling erkundigt sich nach Möglichkeiten der Reaktivierung der Freilichtbühne, worauf Herr Tschepe die Abgeordneten bittet, die Vorstellungen zu deren Zukunft in beiden Ausschüssen zu thematisieren.

zu 6.6 Vorstellung der Planung für die Freiflächen der Kulturfabrik

Zunächst informiert Herr Tschepe einleitend zur Planung der Freifläche zwischen dem Bischofsschloss und der Kulturfabrik sowie die Erweiterung des Domumfeldes. Die Gesamtkosten betragen 100.000 €, davon hat die Kommune 1/3 (34.000 €) zu tragen.

Anhand eines Lageplanes erläutert Frau Kocanek vom Ingenieurbüro bioplan die Umgestaltung des Areals, die Fläche zwischen Ostgiebel und der östlichen Grundstücksgrenze. Weiterhin dehnt sich der Planungsbereich bis zur Fläche an der Kehr wiederstraße, die südlich an das Gebäude angrenzt, aus. Es ist geplant die Senke vor dem Ostgiebel zu erneuern, die Oberfläche der Böschungen neu herzurichten und zu begrünen. Die Sohle dieser Senke, die sich zwei Meter unter dem Straßenniveau zur Kehr wiederstraße befindet, wird mit einer Stahltreppe überbaut. Die Sandflächen zwischen Kufa und Kehr wiederstraße werden mit Granitkleinpflaster erneuert.

Die Planungen wurden mit der Denkmalschutzbehörde abgestimmt. Konzeptionell sollen bei den Bauvorhaben die gleichen Materialien verwendet werden. Es wird mit Mosaiken und Granitkleinpflaster gearbeitet, so dass diese der denkmalrechtlichen Bedeutung gerecht werden.

Der Abschluss der Arbeiten ist zu den Sommerferien 2012 geplant.

Auf Frage von Herrn Hemmerling zur Thematik der Stellflächen, teilt Frau Kocanek mit, dass aus städtebaulicher und gestalterischer Sicht keine öffentlichen Stellplätze geplant sind und Stellplätze für Besucher am Bischofsschloss (gastronomische Betreuung) privatrechtlich abzusichern sind.

Herr Apitz fügt an, dass die Kufa ihren Besuchern gern mehr Stellplätze zur Verfügung gestellt hätte, worauf der stellvertretende Fachbereichsleiter Stadtentwicklung bestätigt, dass die Planungen mit der Kufa und dem Bauherren des Bischofsschlusses abgestimmt sind.

zu 6.7 Vorstellung der Planung zum Quartierspark

Einleitend zum Quartierspark Nord informiert Herr Tschepe über die Gesamtkosten

von insgesamt 600.000 €. Dieses Bauvorhaben wird aus dem Programm „Soziale Stadt“ gefördert. Der städtische Anteil beträgt 1/3 (223.000 €).

Unter dem Titel „Treffpunkt Nord“ stellt Frau Kocanek die Planungen vor. Das Vorhaben soll zur Wohnumweltverbesserung beitragen und zum Ruhepunkt für alle Altersgruppen werden.

Das Planungsgebiet umfasst insgesamt 12.000 qm, das zum größten Teil aus begehbaren Grünflächen bestehen wird und parkähnlich mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt werden soll. Der Weg von der Karl-Liebknecht-Straße zur Wladimir-Wolkow-Straße bildet den Hauptweg, der von Fußgängern und Radfahrern genutzt werden kann. An der Nordgrenze des Quartierspark und der Südgrenze des Ärztehauses wird ein öffentlicher Parkplatz errichtet.

Die Planung des Areals erfolgte in Zusammenarbeit mit dem AWO Seniorentreff und dem Mehrgenerationenhaus. Eine barrierefreie Gestaltung für alle Altersgruppen ist garantiert.

Zur Anfrage der Abgeordneten Radom teilt Frau Kocanek mit, dass die Nutzung des Quartierspark ausschließlich nur für Fußgänger und Radfahrer erlaubt ist.

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Herr Tschepe informiert die Mitglieder der Ausschüsse über den Umbau des leerstehenden Gebäudes in der Trebuser Straße 49 zum Jugendgästehaus (JGH), der aus dem Projekt der nachhaltigen Stadtentwicklung gefördert wird. Das Bildungsministerium wird dieses Vorhaben ebenfalls unterstützen.

Derzeit wird ein Vertrag zwischen dem LOS und der Stadt erarbeitet, der die jeweiligen Aufgaben regeln soll. Es ist beabsichtigt, diesen am 21.06.2012 in der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Der stellvertretende Fachbereichsleiter Stadtentwicklung teilt mit, dass die Widerspruchsfrist zur Umbenennung der Straße am neuen Bürogebäude, „Am Nordstern 1“, abgelaufen und die Umbenennung und Nummerierung somit amtlich ist.

Die Bauarbeiten am Bahnübergang „Rieselfelder“ werden am 02. April 2012 beginnen.

Die Bauarbeiten zur Verlängerung des Bahnsteiges in Süd, die die Zugänglichkeit des Gewerbegebietes an der Lise-Meitner-Straße verbessern sollen, werden ebenfalls Anfang April 2012 beginnen.

Die Planungen zum Ausbau der Sandstraßen, Hauffstraße und Kleiststraße, werden in den Bürgerversammlungen am 13.03. und 20.03.2012 frühzeitig vorgestellt. Der Bau der beiden Straßen ist für 2013 vorgesehen.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Frau Radom meldet sich zum Thema Bürgerbeteiligung zu Wort und bemängelt, dass zur gestrigen Bürgerveranstaltung, Planung Ausbau der Trebuser Straße, nur die Eigentümer (Hausbesitzer) und nicht die ansässigen Mieter eingeladen wurden. Herr Wende fügt an, dass laut Beteiligungssatzung an solchen Veranstaltungen nur die Eigentümer einzuladen sind. Frau Nötzel selbst ist davon ausgegangen, dass die Vermieter ihre Mieter unterrichten.

Auf Anfrage des Abgeordneten Sachse, warum die Rundbänke am Doppelgänger abgebaut worden

sind, antwortet Herr Tschepe, dass dies zu Sanierungszwecken durch die Verwaltung veranlasst wurde.

Parallel dazu möchte Herr Wende wissen, wo denn die Rundbank von der ehemaligen Birke neben dem Bananenkeller abgeblieben ist, worauf der stellvertretende Fachbereichsleiter Stadtentwicklung darauf hinweist, dass diese Fläche zu dem Areal gehört, dass zum Verkauf ansteht. Frau Nötzel beantwortet die Frage und erklärt, dass diese Bank noch immer beim Städtischen Betriebshof eingelagert ist und schon seit längerer Zeit ernsthaft nach einem neuen Standort gesucht wird.

Im Rahmen der Lokalen Agenda bittet Herr Apitz die Verwaltung, die unbefestigten Gehwege in der Friedhofsstraße (in Richtung Hauptfriedhof) auf Befestigung zu prüfen, da dieser Weg häufig von älteren Bürgern, Personen mit Rollatoren oder Rollstuhlfahrern genutzt wird.

Der Abgeordnete bittet die Verwaltung zu organisieren, dass die Räumlichkeiten im Fürstenwalder Hof zu Sitzungszwecken besser beheizt werden und erhält von den Anwesenden Zustimmung.

Herr Wende stellt fest, dass es keinen nicht öffentlichen Teil der Sitzung gibt.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Herr Wende bedankt sich für die Aufmerksamkeit und beendet um 21.10 Uhr die gemeinsame Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen.

Die Niederschrift umfasst 9 Seiten. Es sind 2 Anlagen beigefügt.

Stephan Wende

Elke Wagner

Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses

Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen

Bärbel Beyer und Elke Stein
Schriftführerinnen